



NeuDeutsche Gesundheitskasse Unterstützungskasse

NDGK - Coswiger Str. 7 - 06886 Wittenberg

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht

Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postanschrift:
Coswiger Straße 7
06886 Luth. Wittenberg

Tel.: 03491 - 50 60 820
Fax: 03491 - 50 60 829

Im Netz: NDGK.de
E-Mail: info@ndgk.de

Wittenberg, 30.05.2014

GZ: Q 32 QF 5000-2014/0083(46778) - Go
2014/0695683

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Gohr,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15.05.2014, hier per Einwurf durch sog. „Förmliche
Zustellung“ eingetroffen am Samstag, den 17.05.2014.

Wir, Peter, Oberster Souverän des Staates Königreich Deutschland, handeln hiermit
bevollmächtigt für die „NeuDeutsche Gesundheitskasse“. Die Vollmacht finden Sie im Anhang.

I.

In Ihrem Schreiben unter der o.g. Geschäftsnummer erklären Sie, daß Sie dem Verein, auf dessen
Bitten Wir Ihnen schreiben, aufgeben, innerhalb von 3 Tagen auf ein Fax von Ihnen auf eine
Weise zu reagieren, die nicht durchführbar ist. Darin verlangen Sie, daß alle Mitglieder, die seit
dem 29.04.2013 einen Vertrag mit der NDGK geschlossen haben, außerordentlich und fristlos für
die Zukunft innerhalb von 3 Tagen ab dem Datum Ihres Schreibens, das beim Verein hier
angeblich an dem Datum per Telefax eingegangen sein sollte, zu kündigen sind.

Zudem fordern Sie, weitere Leistungen zu erbringen.

Der „Bescheid“ entspricht nicht den Formvorschriften und wird deshalb als Entwurf gewertet.
Trotz des Entwurfscharakters handelte der Verein erstmalig einlassend, indem gegen diesen
Bescheid

Widerspruch

erhoben wurde.

Hiermit erhalten Sie die

Widerspruchsbegründung:

1. Der Bescheid ist (mit der geforderten Fristsetzung) nicht wirksam zugestellt.

Eine Fristsetzung von drei Tagen beginnend „ab Bekanntgabe dieses Bescheides per Telefax“ ist
unwirksam und nichtig. Somit kann das Schreiben nur als (noch) fehlerhafter Entwurf angesehen
werden.

Der Bescheid, der per Telefax an eine Faxnummer der NDGK gesendet wurde, kann somit auch keine Frist auslösen.

Zudem wurde er an eine Faxnummer gesandt, die zu der Zeit nicht aktiv war. Sowohl der einfache Brief als auch die sog. "Förmliche Zustellung" erreichte am Samstag, den 17.05.2014 den Briefkasten des Vereins.

2.

a) Eine Fristsetzung von 3 Tagen "ab Bekanntgabe dieses Bescheides per Telefax" mit Datum 15.05.2014 (Donnerstag) ist sittenwidrig und verstößt gegen gesetzliche Fristen.

b) Die Einhaltung der Frist ist auch unmöglich. Das Schreiben, welches hier per Telefax am gleichen Tag empfangen worden sein soll, ist auf Donnerstag den 15.05.2014 datiert und verlangt, daß sämtliche Mitglieder, die nach dem 29.04.2013 einen Vertrag mit der NDGK schlossen, innerhalb von 3 Tagen mit Wirkung für die Zukunft, außerordentlich und fristlos zu kündigen seien. Gemäß §275 BGB (Ausschluß der Leistungspflicht) kann und muß eine derartige Fristsetzung nicht zu erfüllen sein.

3. Der Bescheid ist wegen Formmängeln unwirksam.

Er genügt nicht den Formerfordernissen eines wirksamen Bescheides, da er nicht vom bevollmächtigten Behördenleiter oder einer anderen bevollmächtigten Person eigenhändig unterschrieben ist.

a) Gemäß der allgemein anerkannten Rechtsprechung handelt eine Person, die „im Auftrag“ handelt, nicht eigenverantwortlich. Sie handelt weisungsgebunden und gibt keine eigene wirksame Willenserklärung ab. Eine wirksame Willenserklärung ist zu keinem Zeitpunkt hier eingegangen.

Der „Im Auftrag“ handelnde Mitarbeiter, Herr Gohr, legte auch zu keinem Zeitpunkt eine Vollmacht seines nicht genannten Auftraggebers vor, die ihn als ordentlich Bevollmächtigten für uns glaubhaft handlungsbefugt gemacht hätte. Auch hat er keine Bevollmächtigung vorgelegt, die es ihm erlauben würde, im Auftrage rechtswirksame Schreiben erstellen, unterschreiben und/oder versenden zu können.

b) für den Fall, daß er diese Bevollmächtigung hätte, wäre seine Unterschrift erforderlich, um den Entwurfscharakter auszuschließen.

Gemäß § 126 BGB (die BaFin ist eine bei UPIK gelistete Firma und handelt nach Handelsrecht) und auch für den Fall, daß die BaFin als eine „Behörde“ anzusehen ist, muß gemäß Kommentar Kopp/Ramsauer 10. Auflage zum § 37 Abs. 3 VwVfG Rn. 31 ein schriftlicher oder elektronischer Verwaltungsakt die erlassende Behörde erkennen lassen und die Unterschrift oder die Namenswiedergabe des Behördenleiters, seines Vertreters oder seines Beauftragten enthalten. Das Erfordernis der Unterschrift bzw. Namenswiedergabe soll vor allem im Interesse der Rechtsicherheit grundsätzlich gewährleisten, daß nicht (noch) unfertige, noch nicht als endgültige Entscheidungen gedachte Schreiben, insbesondere Entwürfe, als Verwaltungsakte „ergehen“ - sog. „Beweisfunktion“; es soll außerdem im Interesse des Bürgers wie auch der Verwaltung selbst (insoweit aA BverfGE 45, 193: die Behörde soll dadurch nicht geschützt werden) sicherstellen, daß Verwaltungsakte nur von den nach der internen Organisation der Behörde zuständigen „zeichnungsberechtigten“ und damit für die Handlung verantwortlichen **Amtsträgern** bzw. nur mit deren Billigung erlassen werden - sog. Garantiefunktion (OVG Weimar NvwZ-RR 1995, 253) und dient insofern auch der Identifizierung des verantwortlichen Sachbearbeiters.

Im gleichen Kommentar ist unter Rn.32 zur Unterschrift erklärt:

„Die ausdrückliche Erwähnung der Unterschrift in Abs. 3 schließt es nicht aus, daß entsprechend der früheren Rechtsprechung das Fehlen einer Unterschrift dann als unbeachtlich angesehen wird, wenn aus den gesamten Umständen, z.B. aus einem Begleitschreiben, das den Anforderungen des Abs. 3 genügt (BGH NJW 1984, 1760 und BverwG NvwZ 1991, 1193)

zweifelsfrei hervorgeht, daß es sich um eine abschließende, für den Bürger bestimmte Entscheidung und nicht lediglich um einen Entwurf, der noch einer abschließenden Entscheidung, der Zustimmung des (bevollmächtigten oder ordentlich bestellten) Behördenleiters usw. bedarf, handelt.“

In Rn. 33 ist klar zum Ausdruck gebracht:

„Unterschrift bedeutet eigenhändige Unterzeichnung durch eine natürliche Person mit ihrem Namen.“

Im Paland-Kommentar zum §1 BGB wird klargestellt, daß die „natürliche Person“ Sklave ist:

“Sow ausl Recht völkerrechtsw natürl Pers (Sklaven) die Rfgk vorenthält, ist es gem EG 6 nicht zu beachten.“

(Soweit ausländisches Recht (z.B.: *Besatzungsrecht*) völkerrechtswidrig natürlichen Personen (Sklaven) die Rechtsfähigkeit vorenthält, ist es gemäß Einführungsgesetz Bürgerliches Gesetzbuch § 6 nicht zu beachten.)

Es kann angenommen werden, daß eine völkerrechtskonforme Minderung der Rechtsfähigkeit der natürlichen Person (in der heutigen Zeit ein Sklave) somit statthaft und auch erfolgt ist.

Dies ist auch dadurch zu erkennen, daß das Wort “völkerrechtswidrig” in früheren Kommentaren des § 1 BGB nicht enthalten war. Es hat somit eine Änderung der Rechtslage stattgefunden.

Somit benötigt diese, in der Minderung der eigenen Rechtsfähigkeit befindliche, sog. „natürliche Person“ (von lat. *persona* - Maske) als weisungsgebundener Sklave in jedem Falle auch eine ordentliche Bevollmächtigung eines Nichtsklaven. Ansonsten wäre die Legitimationskette unterbrochen. Diese beginnt in der Bundesrepublik beim sog. “Obersten Befehlshaber”.

Wenn im selben Kommentar des VwVfG zu dem Punkt, in der Fußnote 48 angeführt, ausgeführt wird:

„die Unterschrift muss, da Abs.3 nicht wie das bürgerliche Recht Eigenhändigkeit vorschreibt, nicht eigenhändig sein“

ist dieser Auffassung nicht zu folgen, da dann sowohl die Beweisfunktion, die Garantiefunktion, die Verantwortlichkeit und auch die Haftung für Amtspflichtverletzung ausgehebelt würden und somit nicht mehr gegeben wären. Diese Schutzfunktionen für den sog. “Bürger” gegenüber dem sog. “Staat” sind zur Wahrung von sog. “rechtstaatlichen Grundsätzen” jedoch unbedingt erforderlich, denn darin liegt ja auch der Sinn dieser Vorschrift.

Zudem würden bei der Beachtung dieser Ausführung in der Fußnote kriminelle Elemente in der Verwaltung jegliche Haftung für Amtspflichtverletzungen aushebeln können. Die Folge einer derartigen Rechtsauslegung wäre ein unverantwortlich handelnder “Simulationsstaat”, ein Vorläufer des offenen Faschismus, in dem unverantwortliche sog. (Schein-) “Amtsträger” Allmacht über die Menschen ausüben könnten und im Falle von Rechtsverletzungen unverfolgbar wären, da sie ohne eigenhändige Unterschrift keine Haftungsfolgen aus sog.

“Amtspflichtverletzungen” oder “Straftaten im Amt” erfahren würden. Wir in Deutschland sollten einen derartigen Zustand schon aufgrund der Erfahrungen der Geschichte nicht tolerieren und schon den Anfängen wehren, was jedoch bislang nicht erfolgte.

Zudem würde eine derartige Anwendung in der Rechtspraxis der Rn 33 widersprechen. Es ist im Interesse der Rechtsicherheit zwingend geboten, eine einheitliche Rechtsanwendung zu gewährleisten.

Weiter wird in Rn. 33 ausgeführt:

„Die Unterschrift muss grundsätzlich unter dem Text des Verwaltungsaktes stehen und idS den Verwaltungsakt abschließen.“

Gemeint ist die eigenhändige Unterschrift des zeichnungsberechtigten Amtsträgers, wobei die Legitimationskette von einem Nichtsklaven auszugehen hat und nachzuweisen ist. Alles andere würde den Denkgesetzen widersprechen.

Zudem hat die Legitimationskette im Einklang mit bestehenden (höherrangigen) Rechten zu sein.

Gemäß dem von Ihnen illegal auf Deutsche angewendeten Grundgesetz, ist im Art. 25 GG das höherrangige Völkerrecht Bestandteil des sog. „Bundesrechtes“.

Die Haager Landkriegsordnung als Teil des Völkerrechts legt in Art. 45 fest:

„Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.“

Die Legitimationskette beginnend vom „Obersten Befehlshaber“ ist damit unterbrochen, da dieser sämtlichen Amtsträgern, Bediensteten und sonstigen im Öffentlichen Dienst tätigen „Dienstausweisinhabern“ illegal einen Treueid auf das Grundgesetz als Besatzungsrechtliches Mittel gem. Art 43 HLKO und/oder die sog. „freiheitlich-demokratische-Grundordnung“ des Grundgesetzes abverlangte, was jedoch aufgrund höherrangigen Völkerrechtes rechtswidrig und damit unwirksam ist. Es gibt auch heute noch keine Verfassung, die vom Deutschen Volk in freier Selbstbestimmung angenommen wurde, außer die Verfassung des Königreiches Deutschland.

Es kann in der Bundesrepublik in Deutschland somit auch keine rechtswirksame hoheitliche Tätigkeit ausgeübt, noch eine Legitimationskette hergeleitet werden.

Das Grundgesetz wurde nicht von Deutschen ratifiziert oder als Verfassung angenommen.

Zudem sind sämtliche sog. „Bundestagswahlen“ auf grundgesetzwidrige Weise abgehalten worden (s. BVerfGE 2BvF 3/11), wobei sog. „Bundesbürger“ in einem sog. „Wahllokal“ ihre Stimme in eine „Wahlurne“ „abgeben“. Es kann aus einer derartigen Wahl kein legitimer Gesetzgeber und folglich auch kein legitimes Recht entstehen.

Ohne einen Eid auf das GG ist es in der Ordnung der sog. „Bundesrepublik Deutschland“ nicht möglich, in einem sog. „Öffentlichen Amte“ tätig zu sein.

Es kann somit keine rechtswirksame hoheitliche Tätigkeit ausgeübt, noch eine Legitimationskette hergeleitet werden.

Nach Überzeugung des Unterzeichners fehlen aus diesem Grunde grundsätzlich Unterschriften auf sog. „Bescheiden“.

Für den Fall, daß die sog. „Behörde“ „BaFin“ dieses Schreiben im Original, ähnlich der geübten Praxis bei sog. „Urteilen“ sog. „gesetzlicher Richter“ (die jedoch keine derartigen Richter sind), in der sog. „Behörde“ beläßt, um auf deren Basis nichtbestellte „Abschriften“ oder „Ausfertigungen“ oder „Kopien“ und dergleichen zu erstellen und zu versenden und zu meinen, daß dies ebenso zur sog. „Bestandskraft“ führen könne, gilt das Folgende:

c) Eine nicht gekennzeichnete „Abschrift“ oder „Ausfertigung“ in einem konkreten Verwaltungsakt als „Bescheid“ auszustellen ist nicht zulässig.

Im Falle der **(Erteilung einer Abschrift mit)** Namenswiedergabe (für eine Behörde oder andere Stelle, vgl. VwVfG §§ 33,34), ist die **von der Kanzlei beglaubigte Namenswiedergabe** zu verstehen (§ 37 VwVfG, Rn. 35).

Der Beglaubigungsvermerk muß die Übereinstimmung der Namenswiedergabe mit der handschriftlichen Unterschrift in dem bei der Behörde verbleibenden Original bestätigen und selbst von dem Beamten oder Angestellten, der die Beglaubigung vornimmt, unterschrieben werden. Dazu sind die Vorschriften zur Beglaubigung des § 34 Rn.3 ff zu beachten.

In der Form einer Abschrift oder sog. Ausfertigung versendeten Sie als BaFin im Rechtsschein

der Wirksamkeit Ihre sog. „Bescheide“ oder ließen sie versenden. Sie sind jedoch unwirksam, da es der Unterschrift des zeichnungsberechtigten Sachbearbeiters ermangelt.

Um eine Abschrift handelt es sich jedoch nicht. Dies hätte auch kenntlich gemacht werden müssen. Zudem ist diese nicht bestellt worden.

Gemäß des Kommentars handelt es sich bei den §§ 33 und 34 VwVfG lediglich um materiellrechtliche Regelungen über Beglaubigungsbefugnisse, die in einem sehr losen Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren iS des § 9 (Begriff des Verwaltungsverfahrens) stehen und die als sog. annexe (*angehängte*) Materie nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit in das VwVfG hineingenommen wurden. Insbesondere ergibt sich aus dem Zweck der Regelung, daß sie Zulässigkeit von Beglaubigungen **unabhängig von einem konkreten Verfahren** iS von § 9 regelt.

Hinter dem obig angeführten sog. „Bescheid“ steht jedoch ein konkretes Verwaltungsverfahren im Sinne des § 9 VwVfG. Somit ist dieses von einer zeichnungsberechtigten „natürlichen Person“ zu unterzeichnen.

d) Im Falle der Wertung des Schreibens als Abschrift, ist diese an die Formerfordernisse des § 33 Abs.(3) VwVfG gebunden.

Gemäß § 33 Abs (3) wird eine Abschrift durch einen Beglaubungsvermerk beglaubigt. Der Vermerk muß enthalten:

1. die genaue Bezeichnung des Schriftstückes, dessen Abschrift beglaubigt wird,
2. die Feststellung, daß die beglaubigte Abschrift mit dem vorgelegten Schriftstück übereinstimmt,
3. den Hinweis, daß die beglaubigte Abschrift nur zur Vorlage bei der angegebenen Behörde erteilt wird, wenn die Urschrift nicht von einer Behörde ausgestellt worden ist,
4. den Ort und den Tag der Beglaubigung, die Unterschrift des für die Beglaubigung zuständigen Bediensteten und das Dienstsiegel.

In Rn. 27 sind die Mindestanforderungen an eine Beglaubigung von Dokumenten in einem Muster dargestellt. Auch bei Nichtverwendung des Musters und der Verwendung einer selbst entworfenen Form des Beglaubungsvermerkes sind diese Anforderungen zu erfüllen. Sie werden von dem o.g. sog. „Bescheid“ jedoch nicht erfüllt.

Die Beglaubigung eines Dokumentes ist gemäß Rn. 26 des § 33 o.g. Kommentars wegen Nichtbeachtung der Formerfordernisse nichtig. Damit ist auch im Falle einer Abschrift diese nur ein Entwurf und damit unwirksam und nichtig.

Da es aufgrund der fehlenden Unterschrift kein tatsächlicher Verwaltungsakt gemäß § 9 VwVfG sein kann, es sich auch nicht um eine Abschrift eines amtlichen Dokumentes einer Behörde handeln kann, so kann sich also bestenfalls nur um den Anschein einer vorgenommenen Unterschriftsbeglaubigung handeln.

Selbst wenn Sie die Auffassung vertreten, daß auch eine schlichte mit dem Zusatz „gez.“ versehene Namenswiedergabe, d.h. Wiedergabe jedenfalls des Familiennamens, in Ihrem sog. „Bescheid“, den Sie als nicht von uns bestellte und von Ihnen nicht kenntlich gemachte Abschrift an die NDGK sandten, genügen würde, dann **muß der Beglaubungsvermerk die Übereinstimmung der Namenswiedergabe mit der handschriftlichen Unterschrift in dem bei der „Behörde“ verbleibenden Original bestätigen und selbst von dem Beamten oder Angestellten, der die Beglaubigung vornimmt, unterschrieben werden.**

Eine namentlich nicht genau bezeichnete Tarifbeschäftigte kann keine derartige Person sein.

Gemäß § 34 VwVfG, welcher die Beglaubigungsvorschriften von Unterschriften regelt, Rn. 3 ff, ist dabei auf folgende Art vorzugehen:

Wenn Sie uns als „andere Stelle“ ansehen wollen, der aufgrund einer Rechtsvorschrift das unterzeichnete Schriftstück vorzulegen ist, finden die folgenden Vorschriften des VwVfG § 33 Abs. 2 und 3 Anwendung:

- (2) Eine Unterschrift soll nur beglaubigt werden, wenn sie in Gegenwart des beglaubigenden Bediensteten vollzogen oder anerkannt wird.
- (3) Der Beglaubigungsvermerk ist unmittelbar bei der Unterschrift, die beglaubigt werden soll, anzubringen. Er muss enthalten:
 1. die Bestätigung, dass die Unterschrift echt ist
 2. die genaue Bezeichnung desjenigen, dessen Unterschrift beglaubigt wird, sowie die Angabe, ob sich der für die Beglaubigung zuständige Bedienstete Gewissheit über diese Person verschafft hat und ob die Unterschrift in seiner Gegenwart vollzogen oder anerkannt worden ist,
 3. den Hinweis, dass die Beglaubigung nur zur Vorlage bei der angegebenen Behörde oder Stelle bestimmt ist,
 4. den Ort und Tag der Beglaubigung, die Unterschrift des für die Beglaubigung zuständigen Bediensteten und das Dienstsiegel.

Die Vorschriften zur Form der Beglaubigung, wie diese in Rn. 9 o.g. Kommentars näher aufgeführt ist, sind nicht erfüllt. Das Bundesministerium des Inneren hat schon mit Rundschreiben v. 08.12.1976 (GMBL S. 684) für das Beglaubigungsvermerk ein Muster mit folgendem Inhalt empfohlen, welches an die BaFin angepaßt, folgendermaßen auszusehen hätte:

„Die/Das vorstehende Unterschrift/Handzeichen ist von

(Vorname, Familienname, ggf. Geburtsname)

wohnhaft in _____

(Ort, Straße und Hausnummer)

persönlich bekannt - ausgewiesen durch _____

(Personalausweis, Paß)

vor mir vollzogen - anerkannt - worden.
Dies wird hiermit amtlich beglaubigt.
Die Beglaubigung wird nur zur Vorlage bei

(Behörde oder Stelle)

erteilt.

_____ den, _____ (Siegel)

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Im Auftrag

(Unterschrift)

Einzig diese Form genügt den Intentionen der Vorschriften des VwVfG nach Rechtsicherheit und Beweisfunktion. Nur diese garantiert, daß Verwaltungsakte nur von den nach der internen Organisation der Behörde zuständigen „zeichnungsberechtigten“ und damit für die Handlung verantwortlichen **Amtsträgern** bzw. nur mit deren Billigung erlassen werden - sog.

Garantiefunktion - und nur diese vorgeschriebene Form genügt zur Identifizierung des verantwortlichen Sachbearbeiters.

Gemäß Rn. 8 des genannten Kommentars zum § 34 VwVfG, sind die einzelnen Blätter des Schreibens zudem miteinander zu verbinden und die Verbindungsstelle ist zu siegeln. Dies ist nicht geschehen.

Gemäß Rn. 10 führt der Verstoß gegen die formellen Erfordernisse für das Beglaubigungsvermerk zur Nichtigkeit (Ungültigkeit) der Beglaubigung. Außerdem kommen uU Schadensersatzansprüche aus **Amtshaftung** in Betracht.

Diese sind in dem §§ 823 (Schadensersatzpflicht) und 839 (Haftung bei Amtspflichtverletzung) BGB geregelt, da es keine sog. „Staatshaftung“ gibt. Auch der § 36 des Beamtenstatusgesetzes (der auch für alle Bediensteten gilt) regelt, daß der Beamte für die Rechtmäßigkeit seiner dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung trägt.

Da die Beglaubigung nichtig ist, es keine Unterschrift auf den sog. „Bescheiden“ durch den Aussteller der sog. „Bescheide“ gibt, der (ordentlich bestellte) Behördenleiter weder mit Unterschrift noch mit Namenszug erkennbar ist, die Schreiben weiteren Formerfordernissen (fehlende Siegelung) nicht genügen, die natürliche Person „Herr Gohr“ als Sklave keine eigene wirksame Willensbekundung liefern kann und auch keine ordentliche Bevollmächtigung eines Nichtsklaven lieferte, sind alle Schreiben **ohne ein unterschriebenes Begleitschreiben durch einen Amtsträger** unwirksam.

Da es zu keinem sog. „Bescheid“ ein unterzeichnetes Begleitschreiben durch so einen Amtsträger gab, auch nicht im Falle des Entwurfes des sog. Bescheides mit oben genannter Geschäftsnummer, ist der Entwurfscharakter der Schreiben immer von vornherein offenkundig und damit das Schreiben als unbeachtlich zu erkennen.

Zudem weisen Wir darauf hin, daß auch im Muster, welches vom Bundesministerium des Inneren als Teil der Institutionen der Besatzer, zur Unterschriftenbeglaubigung herausgegeben wurde, die Formulierung „wohnhaft“ anstelle der korrekten Bezeichnung „Wohnsitz“ habend, verwendet wurde.

Gemäß der „Sammlung der Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung - Deutschland“ unterliegen im Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers gemäß Gesetz Nr. 52 (Sperrung und Beaufsichtigung von Vermögen) unter Artikel 1; 1., Buchstabe d)

„Alle Personen (Sklaven) die von der Militärregierung in Haft genommen sind oder sonstwie in Verwahrung gehalten werden ... der Beschlagnahme sowie der Weisung, Verwaltung und Aufsicht oder sonstigen Kontrolle der Militärregierung.“

Unter Artikel VII - Begriffsbestimmungen, ist aufgeführt:

- a) Personen bedeutet jede natürliche Person ...
- c) Vermögen, bedeutet jedes bewegliche und unbewegliche Vermögen ...
- d) Ein „Staatsbürger“ eines Staates oder einer Regierung bedeutet, ein Untertan (Sklave = Sache) oder Staatsbürger ...
- e) Deutschland bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.“

Daß das Besatzungsrecht nach wie vor in Kraft ist, ist allgemein bekannt und offenkundig.

Sie können keine Vollmacht des sog. „Obersten Befehlshabers“ oder eine mit Vollmachten ausgestattete Legitimationskette für Ihre Handlungen vorweisen.

Sie können nicht nachweisen, ein Amtsträger zu sein. Sie selbst sind in einem geminderten rechtlichen Status und nur Bediensteter mit einem „Dienstausweis“.

Alle bisher vorgenommenen sog. „Zwangsvollstreckungen“ sind somit illegal. Entwürfe entfalten keine rechtliche Wirkung. Die Behauptung, daß sog. „Bescheide“ „bestandskräftig“ seien (worunter fehlgeschulte Mitarbeiter sog. „Bundes- oder Landesbehörden“ im Verwaltungsverfahren „rechtskräftig“ verstehen), ist somit haltlos. Wir hatten das immer erkannt und gerügt und deshalb nie einen sog. „Widerspruch“ erhoben.

Durch die Beschlagnahme des Deutschen Reiches durch die alliierten Siegermächte und der schrittweisen Abschaffung der wahren Deutschen Staatlichkeit (in der der bürgerliche Tod und die Sklaverei für alle Deutschen schon einmal abgeschafft war; s. § 1 BGB Kommentar aus dem Jahre 1909 oder auch noch 1927 v. Fischer/Henle „Alle rechtsfähig, Sklaverei und bürgerlicher Tod unzulässig“), wurde ein unsäglicher illegaler Zustand nur scheinbarer Rechtsstaatlichkeit für die Menschen geschaffen, den es wieder abzuschaffen gilt, damit ein tatsächlicher rechtsstaatlicher Zustand und auch das Völkerrecht wiederhergestellt werden kann und die Menschheit nicht in einer bargeldlosen faschistischen Sklaverei endet.

Dieser rechtlich geminderte Zustand für alle Menschen wurde auch mithilfe der Maskierung (*natürliche „Person“ - Maske*) von vormals freien Menschen mithilfe des ausländischen Besatzungsrechtes und durch die Schaffung der „Wohn-haft“ völkerrechtskonform (*Besatzungsrecht und nun auch Lissabon-Vertrag mit Schaffung einer supranationalen Int. Organisation durch die Verwendung des Internationalen Vertragsrechtes*) bewirkt, und so wurde der vormals freie Mensch im Deutschen Reich wiederum schrittweise in seinem rechtlichen Status gemindert, was es durch die Schaffung echter Staatlichkeit mit einer Verfassung wieder zu beseitigen gilt. Darin sehen Wir Unsere Aufgabe.

Zudem ist in dem vom BMI herausgegebenen Muster zur Beglaubigung zum Fehler der „wohnhafte“ noch ein weiterer „Fehler“ enthalten. Eine Beglaubigung „im Auftrag“ auszuführen legt dar, daß es sich bei dem Willen der Urkundsbeamtin in der Kanzlei wiederum um keine eigene Willensbekundung handeln kann. Im Interesse der Rechtsicherheit und der Schutzfunktion der Gesetze für den Bürger gegenüber dem sog. „Rechtsstaat“ ist Freiheit und Unabhängigkeit der Urkundsbeamtin der Kanzlei jedoch zwingend erforderlich. Nur so kann sichergestellt werden, daß die Urkundsbeamtin unabhängig und in der Lage ist, zu prüfen, ob es sich tatsächlich um unterschriebene, eindeutige, Wirksamkeit habende und auch Haftung auslösende Verwaltungsakte handelt, die sie beglaubigt. Eine abhängige Tarifbeschäftigte kann dies nicht. Vielmehr muß die Beglaubigung von der Kanzlei durch eine Urkundsbeamtin vorgenommen werden, die nicht weisungsgebunden handelt und eigenen Willen zum Ausdruck bringen kann. Nur so sind rechtsstaatliche Grundsätze gesichert. Eine Tarifbeschäftigte, die als Urkundsbeamtin im Rechtsschein handelt, ist nicht legitimiert, derartige Handlungen tätigen zu können.

4. Der Bescheid ist zudem sachlich fehlerhaft.

a) Entgegen Ihre Behauptung unter I., 1. betreibt die NeuDeutsche Gesundheitskasse (NDGK) keine „Versicherungsgeschäfte“ mit einem Rechtsanspruch auf Unterstützungsleistungen.

Vielmehr leistet die NDGK die Übernahme von Unterstützungsleistungen, ohne darauf einen Rechtsanspruch zu gewähren.

Die Äußerungen der privaten Meinung eines in dieser Sache unkundigen „Users Manuel - Herr Manuel Kracht“ in einem fremden Forum, der weder für die NDGK arbeitet noch für diese als Vermittler tätig ist, kann nicht als Vorwand für eine derartige Behauptung in einem sog. „Bescheid“ dienen.

Wenn der „User Manuel“ aufgrund des Grundrechtes, seine Meinung durch Wort und Schrift frei äußern zu können, eine derartige Meinung vertritt und nach außen darstellt, hat das nichts mit den Tatsachen zu tun, daß die NDGK keinen Rechtsanspruch auf Unterstützungsleistungen in der Nebenabrede bietet oder damit, daß eine freie Meinungsäußerung einer nicht für die NDGK tätigen Person überhaupt rechtliche Folgen für die NDGK auslösen kann.

Es kann nicht sein, daß ein beliebiger Mensch durch seine (unrichtige) Meinungsäußerung in

einem fremden Internetforum rechtliche Folgen für einen Dritten auslösen kann. Wie Sie selbst darstellten, gehört das Forum zum “Königreich Deutschland” und die “Diskussion” von Unkundigen zum “Leistungsumfang” der NDGK ist für die NDGK als auch für Sie rechtlich irrelevant. Daraus hergeleitet der NDGK das Betreiben von “Versicherungsgeschäften” zu unterstellen, ist abwegig.

b) Die NDGK betreibt keine Werbung für Unterstützungsleistungen, die einen Rechtsanspruch auf Leistungsgewährung beinhalten. Die NDGK setzt auch keine “Vermittler” ein. Es gibt auch keine “Veranstaltungen” für Verbraucher, bei denen Werbung für derartige Leistungen vorgenommen werden.

c) Es gibt keine Verträge, die seit dem 29.04.2013 abgeschlossen wurden, die einen Rechtsanspruch auf Unterstützungsleistungen haben. Genannte Verträge seit diesem Datum wurden bereits schon einmal abgewickelt und daraufhin erneuert. Das hat damals Ihr bestellter sog. “Abwickler” getätigt. Die Unterstellungen zur damaligen Zeit waren ähnlich unzureichend substantiiert.

5. Der Bescheid ist ebenso materiellrechtlich fehlerhaft

a) Wie Sie selbst darstellten, ist die NDGK als nicht eingetragener Verein organisiert. Ihre sog. “Bescheide” gegen einen von Ihnen behaupteten sog. “Hintermann” können keine rechtlichen Folgen für die NDGK auslösen, da Bescheide gegen Dritte keine Bindungswirkung für den Verein auslösen können.

Selbst wenn Sie sog. “Bescheide” für Dritte an die Faxnummer der NDGK senden, wie von Ihnen im Schreiben vom 15.05.2014 in Ihrer Begründung auf Seite 4 unter Römisch I. Ziffer 1. dargelegt, ist nicht sichergestellt, daß derartige “Bescheide” von den Mitarbeitern zur Kenntnis genommen werden, da offenkundig ist, daß diese nicht für die NDGK bestimmt sind und somit auch nicht gelesen werden sollen. Sie können auch nicht auf derartige Bescheide Bezug nehmen, da diese nicht an die NDGK ergingen und sie somit auch keine Wirkung für diese haben können.

b) Die NDGK wirbt auch nicht für “Versicherungsleistungen” mit Rechtsanspruch. Vielmehr bietet sie lediglich Unterstützungsleistungen ohne Rechtsanspruch an, wie Sie selbst zitierten:

*“... Als Unterstützungskasse, die **keinen Rechtsanspruch auf Sach- und Unterstützungsleistungen gewährt**, haben wir das Recht, derartige Leistungen zu verwehren.*

Wir gewähren Ihnen Unterstützungsleistungen entsprechend unseren vereinbarten Vertragsbedingungen.

*Die NeuDeutsche Gesundheitskasse als Unterstützungskasse gewährt ihnen Unterstützungsleistungen, **ohne daß sie einen Rechtsanspruch darauf haben.**”*

Auch Ihre Aussage unter Römisch II. Ziffer 1. Punkt aa) und b) ist falsch. Die NDGK gewährt keinen Versicherungsschutz, wie schon oben dargestellt, und sie betreibt auch keine unerlaubten Versicherungsgeschäfte.

Erst die Aussage eines unkundigen Users in einem fremden Forum ließ Sie wiederum tätig werden, um uns erneut das unerlaubte Betreiben von Versicherungsgeschäften zu unterstellen, obwohl die Ausgestaltung seit langer Zeit unverändert ist und Sie vordem keine Aufsichtspflicht ersahen.

Eine “Überraschung” kann aufgrund der Aussage eines “Users Manuel” nicht hergeleitet werden.

Zudem ist auch die Unterteilung in Hauptvertrag und unselbständige Nebenabrede vorher für

den Ausschluß des Bestehens eines Versicherungsvertrages ausreichend gewesen.
Eine Vereinsmitgliedschaft in einem nicht eingetragenen Verein begründet nicht automatisch die Mitgliedschaft in einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Hauptvertrag.
In einem früheren Bescheid bemängelten Sie diese Tatsache nicht, sondern bestätigten aufgrund dieser Vertragsausgestaltung Ihre Unzuständigkeit. Sie kann folglich auch jetzt kein Grund für eine Aufsichtspflicht sein.

II.

Hiermit erheben wir

Widerspruch

gegen die Festsetzung der Gebühr von 10.000 Euro und beantragen zudem die Aussetzung der Vollziehung.

Zudem beantragen wir die

Rücknahme des Bescheides

Begründung:

Der sog. "Bescheid" ist aus oben genannten Gründen rechtswidrig.

Peter
Imperator Fiduziar

Martin Schulz